

Mehrheit der Lehrpersonen befürwortet ein Social-Media-Verbot

Umfrage der Starken Schule beider Basel 84 Prozent finden: Kinder sollen soziale Medien erst ab 16 Jahren nutzen dürfen.

In Australien ist das Social-Media-Verbot bereits Tatsache: Kinder dürfen Instagram und Co. erst ab 16 Jahren nutzen. Und auch im Schweizer Parlament wird ein solches Verbot diskutiert. So hat unter anderem die Baselbieter Ständerätin Maya Graf (Grüne) ein entsprechendes Postulat eingereicht. Der Bundesrat will die Situation in einem Bericht genauer analysieren.

Wie eine Umfrage der Starken Schule beider Basel (SSbB) zeigt, ist die Haltung zu diesem Thema auch in Basel deutlich. So sprechen sich 83,5 Prozent der Befragten für ein Verbot von Social Media aus.

Das sind sogar etwas höhere Zahlen, als eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sotomo im Dezember ergab. Diese zeigte, dass 68 Prozent der Bevölkerung ein Tiktok-Verbot befürworten. Ausserdem sprachen sich 82 Prozent der Befragten für ein Smartphone-Verbot an Schulen aus.

Gemäss einer weiteren Umfrage, die das Institut Leewas im Auftrag von «20 Minuten» und Tamedia im November durchführte, sagen gar 78 Prozent der Stimmberechtigten Ja oder eher Ja zu einem gesetzlichen Social-Media-Verbot für unter 16-jährige.

Die SSbB befragte im März während zweier Wochen insgesamt 951 Personen, davon seien rund 83 Prozent als Lehrpersonen in der Region Basel tätig. Lediglich 14,9 Prozent der Befragten finden, Kinder und Jugendliche jeden Alters sollen soziale Medien nutzen dürfen.

Nur 14,9 Prozent gegen Social-Media-Verbot

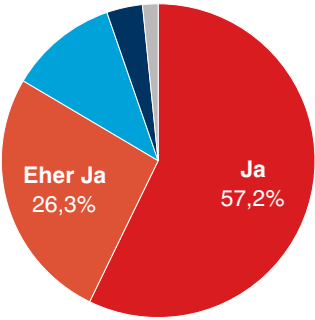
Auch was das Alter angeht, ist man sich einig: 59,9 Prozent befürworten ein Verbot für unter 16-Jährige. 31 Prozent wollen Instagram, Tiktok und Co. für unter 14-Jährige verbieten. Die anderen Altersgruppen haben die Befragten kaum ausgewählt.

Wie Ständerätin Maya Graf mahnt, haben sich in den letzten Jahren die Anzeichen gehäuft, wonach das Smartphone die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt und ihre Konzentrations- und Lernfähigkeit massiv reduziert. Das scheinen auch die Befragten so zu sehen.

Auf die Frage, ob das übermässige Nutzen von Social Media zu einer Abnahme oder einer Zunahme der Konzentration führe, gaben 77,7 Prozent an, die Nutzung führe zu einer «starken Abnahme». 13,1 Prozent spre-

Befürworten Sie ein Verbot von Social Media für Jugendliche?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Weiss nicht



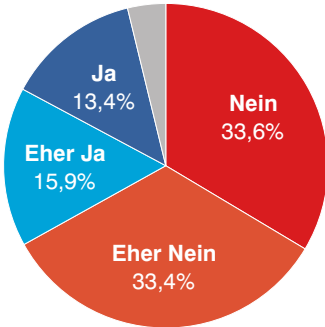
Grafik: Ibu / Quelle: Starke Schule beider Basel

chen von einer schwachen Abnahme, und nur 2,6 Prozent glauben, dass die Social-Media-Nutzung keinen Einfluss hat.

57 Prozent der Befragten sind zudem der Meinung, dass das übermässige Nutzen von Social Media zu einer deutlichen Verschlechterung der schulischen Leistung beiträgt. Im Gegensatz dazu stellen nur 0,4 Prozent eine

Wäre eine die Aufklärung der Jugendlichen sinnvoller als ein Verbot?

- Nein
- Eher Nein
- Eher Ja
- Ja
- Weiss nicht



Grafik: Ibu / Quelle: Starke Schule beider Basel

deutliche Verbesserung fest. Zwar hält rund ein Drittel der Teilnehmenden eine fundierte Aufklärung über Risiken und Gefahren von Social Media für sinnvoller. Demgegenüber bevorzugen dennoch 67 Prozent ein Verbot.

Wie die Starke Schule beider Basel weiter schreibt, hatten die Befragten die Möglichkeit, Vor-

und Nachteile eines Social-Media-Verbots zu notieren. Die 585 Teilnehmenden nannten bei den Vorteilen folgende Punkte: Mit einem Verbot wären die Jugendlichen dem sozialen Druck weniger ausgesetzt, und es könnten sowohl Mobbing als auch Anfeindungen vermindert werden.

Sorgen um psychische Gesundheit

Ausserdem könne ein Verbot wieder zu vermehrten sozialen Interaktionen zwischen Jugendlichen führen. Eine Zunahme der Konzentrationsfähigkeit und eine Verminderung der psychischen Belastung sollen weitere positive Folgen sein. Allerdings würden die Jugendlichen dann den Umgang mit sozialen Medien nicht mehr lernen, hätten mehrere Teilnehmende geschrieben, so die SSbB.

Auch der Vorstand der Starken Schule beider Basel befürwortet ein entsprechendes Verbot, wie es weiter heisst. Die Ergebnisse der Umfrage würden zeigen, dass die Diskussion über ein mögliches Verbot «hochaktuell bleibt und in Politik und Gesellschaft weitergeführt wird».

Lea Buser